

Antrag

der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Dr. Hans-Peter Bartels, Sören Bartol, Edelgard Bulmahn, Martin Burkert, Sebastian Edathy, Ingo Egloff, Petra Ernstberger, Karin Evers-Meyer, Iris Gleicke, Ulrike Gottschalck, Michael Groß, Hans-Joachim Hacker, Bettina Hagedorn, Hubertus Heil (Peine), Gustav Herzog, Gabriele Hiller-Ohm, Johannes Kahrs, Lars Klingbeil, Ute Kumpf, Gabriele Lösekrug-Möller, Kirsten Lühmann, Caren Marks, Thomas Oppermann, Holger Ortel, Florian Pronold, Sönke Rix, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Carsten Sieling, Sonja Steffen, Kerstin Tack, Franz Thönnies, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Schutz vor Schiffsunfällen beim Bau der Fehmarnbelt-Querung sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Meeres- und Küstenschutz ist für die nachhaltige Entwicklung des maritimen Wirtschaftsraums Ostsee unabdingbar. Der Anstieg des Schiffsverkehrs im Zuge des aufblühenden Ostseehandels, die Zunahme der Schiffsgrößen sowie die zunehmende Zahl von Tankerverkehren von und nach Russland erhöhen das Risiko von Schiffsunfällen. Verkehrsprognosen gehen von einer deutlichen Steigerung des Schiffsaufkommens um rund 40 Prozent bis zum Jahr 2015 aus.

Vor diesem Hintergrund stellt der Bau einer festen Querung für den Schienen- und Straßenverkehr durch den Fehmarnbelt zwischen Deutschland und Dänemark eine große Herausforderung dar. Die dänische Regierung hat sich Anfang 2012 für die Variante eines Absenktunnels entschieden, der aus Einzelementen bestehen wird, die in einen ausgehobenen Graben im Meeresboden abgesenkt werden sollen. Die knapp 19 Kilometer breite Wasserstraße zwischen der Südküste von Lolland und Fehmarn in der westlichen Ostsee ist mit zuletzt rund 35 000 Schiffspassagen im Jahr 2010 jedoch stark befahren. Die International Maritime Organization (IMO) hat den Fehmarnbelt im Jahr 2005 als „besonders sensibles Seegebiet“ (PSSA) ausgewiesen. Für die Bauphase der festen Fehmarnbelt-Querung sind daher verstärkte Sicherheitsvorkehrungen dringend erforderlich, um das vom Schiffsverkehr ausgehende Gefährdungspotenzial für die Ostsee zu verringern.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt:

- die Bemühungen im Rahmen der Helsinki-Kommission (HELCOM), das Ökosystem Ostsee in seiner Gesamtheit zu schützen und für einen guten Meereszustand zu sorgen;
- unterstützt den HELCOM-Ostseeaktionsplan (HELCOM Baltic Sea Action Plan) zum Meeresschutz in der Ostsee.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- vertiefte Untersuchungen zu den Auswirkungen der Bauarbeiten für eine feste Querung auf die Schiffssicherheit und die Gefahr von Kollisionen im Fehmarnbelt zu veranlassen, insbesondere mit Blick auf die Einrichtung eines Verkehrsleitsystems;
- sich im Rahmen der IMO für die Einrichtung einer Transitroute für bestimmte Fahrzeuge (wie große Tanker, Containerschiffe und sonstige Schiffe mit außerordentlichem Tiefgang und besonders gefährlicher Ladung) zum Passieren des Baustellenbereiches einzusetzen;
- sich im IMO-Rahmen dafür einzusetzen, dass als Schutzmaßnahme während der Bauphase der Fehmarnbelt-Querung das Eskortieren durch Begleitschlepper von bestimmten Fahrzeugen verpflichtend eingeführt wird, um die Sicherheit des Schiffsverkehrs zu erhöhen;
- im IMO-Rahmen weiterhin die Einführung einer Annahmepflicht von Lotsen für bestimmte Schiffskategorien und Witterungsbedingungen anzustreben, etwa für Schiffe mit großen Windflächen, und die internationalen Verhandlungen über die Lotsenpflicht mit Nachdruck zu führen;
- sich gegenüber den Ostseeanrainern dafür einzusetzen, dass im Zuge der Sicherung der Baustelle eine Sicherheitszone für die Schifffahrt eingerichtet wird, innerhalb derer besondere Befahrensvoraussetzungen gelten;
- sich dafür einzusetzen, dass zur Sicherung des verkehrlichen Umfeldes der Baustelle und zur Vermeidung von Kollisionen mit Schiffen während der gesamten Bauphase Verkehrssicherungsfahrzeuge zum Einsatz kommen, die den Verkehr mittels Radar und Automatischem Identifikationssystem (AIS) ständig beobachten;
- die Positionen bzw. Liegeplätze der Notschlepper in der Ostsee im Hinblick auf die besonderen Sicherheitserfordernisse im Baustellenbereich festzulegen;
- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die bestehenden Schiffsmeldesysteme und Schiffsverkehrsdienste harmonisiert und weiterentwickelt werden;
- gemäß den Sicherheitsempfehlungen der Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung (BSU) im Untersuchungsbericht 445/10 zum Havariefall „Lisco Gloria“ für eine angemessene personelle und technische Ausrüstung des Havariekommandos zu sorgen und insbesondere dessen Kompetenzen gegenüber anderen Stellen klar zu definieren;
- dafür Sorge zu tragen, dass zukünftig die Zusammenarbeit insbesondere mit den Ostseeanrainern stärkeres Gewicht in der Arbeit des Havariekommandos erhält;
- bei der Aufgabenbemessung des Havariekommandos ausreichende Hubschrauberkapazitäten für die maritime Notfallvorsorge vorzuhalten;
- gemeinsam mit den Ländern und Kommunen und unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften dafür Sorge zu tragen, dass die zuständigen Berufsfeuerwehren für seeseitige Einsätze umfassend aus- und fortgebildet werden und mit ständig kurzfristig verfügbarem Material einschließlich besonderer funktionaler Schutz-ausrüstung und Funktechnik ausgestattet sind;
- gemeinsam mit den Ländern und den kommunalen Trägern und unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften dafür Sorge zu tragen, dass die notärztliche und sanitätsdienstliche Versorgung auch bei

einem Massenanfall von Verletzten (MANV) auf See sichergestellt werden kann;

- eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern einzurichten, die den Bauablauf überwacht und ihre Arbeit eng mit dem Baustellenmanagement der Planungsgesellschaft Femern A/S sowie den dänischen Behörden abstimmt.

Berlin, den 7. November 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

